



Sprechzettel

Klaus Müller

Präsident der Bundesnetzagentur

Die neusten Entwicklungen der Regulierung aus Sicht der Bundesnetzagentur

16. Regulierungskonferenz des AK REGTP

Es gilt das gesprochene Wort

*am 17.05.2022, 09:00 Uhr
Hotel Nhow, Berlin*

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich sehr, auf der 16. Regulierungskonferenz des AK REGTP zu Ihnen zu sprechen.

Ursprünglich wollte ich diese Konferenz zum Anlass nehmen, um mich en detail zum Thema Regulierung mit Ihnen auszutauschen – so ist es ja auch im Titel meines Vortrags angekündigt.

Allerdings möchte ich aus gegebenem Anlass den Blick auf die neuesten Entwicklungen der Regulierung hintenanstellen und zunächst berichten zu den aktuellen Entwicklungen der Gaskrise.

Davor noch kurz zu meiner Person: Mein Name ist Klaus Müller, und ich leite seit dem 1. März dieses Jahres die Bundesnetzagentur. Eigentlich habe ich mir mein Wirken im Tulpenfeld ganz anders vorgestellt, doch mein Curriculum vom „obersten Verbraucherschützer“ entwickelte sich sehr abrupt zum „Energiekrisenmanager“. Ohne Zeit für die Einarbeitung in all die vielen wichtigen Verantwortungsgebiete der Bundesnetzagentur.

Wir tun alles, damit die Gasmangellage ausbleibt. Wir überprüfen fast stündlich die Lage und können sagen: Russland liefert weiter Gas. Weil es warm ist, weil die Preise hoch sind, weil gewerbliche und private Verbraucher weniger Gas nutzen, füllen sich die Speicher.

Aber: Mit den rund 40 Prozent Speicherfüllstand von heute hätten wir in einer Gasnotlage nicht viel Gas zu verteilen. Im September oder Oktober sollen es schon 80 Prozent sein, das wäre etwas entspannter. Gleichzeitig ginge dann mit den sinkenden Temperaturen natürlich der Verbrauch auch hoch. Noch etwas entspannter wäre ich, wenn dann im Dezember der erste mobile LNG-Terminal in Wilhelmshaven am Netz ist.

Sollte die Bundesregierung in einer Gasmangellage die Notfallstufe ausrufen, müsste die Bundesnetzagentur als Bundeslastverteiler Entscheidungen treffen.

Die Daten, auf deren Grundlage wir das tun würden, sind noch lückenhaft, und sie verändern sich ständig. Aber wir haben eine erste Grundlage. Am Anfang lagen die Informationen noch analog vor, wir bauen jetzt eine digitale Plattform über den Gasbedarf auf, die im Oktober fertig sein soll. Die Daten der Netzbetreiber haben wir vor zwei Wochen abgefragt, seit Anfang Mai erheben wir die der Industrie.

Es gibt verschiedene Kategorien von Unternehmen. Solche, die mehr als 10 Megawatt in der Stunde benötigen, könnten wir individuell prüfen und abschalten, die darunter können nur ratierlich betroffen sein, also alle gleich nach der Rasenmähermethode. Über die Plattform werden dann auch die Abschaltverfügungen zugestellt. Das Ganze würde der so genannten SoS-Verordnung der EU von 2017 folgen.

Zunächst sage ich Ihnen, wer vorrangig versorgt werden würde, nämlich die so genannten geschützten Kunden. Das sind zum einen private Verbraucher oder Kleinstverbraucher, die bis zu 10.000 Kilowattstunden Gas im Jahr verbrauchen. Das deckt auch berufliche oder gewerbliche Zwecke im privaten Haushalt ab, also zum Beispiel Selbständige.

Gewerbebetriebe sind ebenfalls geschützt, wenn sie nicht mehr als 1,5 Millionen Kilowattstunden im Jahr verbrauchen. Also zum Beispiel Bäckereien, Supermärkte, landwirtschaftliche Betriebe, Schulen oder Kindergärten. Geschützt sind auch größere Verbraucher wie Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Gefängnisse, Polizei, Feuerwehr, Bundeswehrkasernen und Fernwärmanlagen, wenn sie an Haushaltskunden liefern.

Der Schutz gilt nicht absolut, denn natürlich müssen wir auch für die erst einmal genügend Gas haben. Aber sie sind beim Runterfahren nicht im Fokus.

Im Bereich der nicht geschützten Verbraucher kann es je nach Lage des Engpasses notwendig werden, über eine Allgemeinverfügung das Gas für eine Vielzahl von kleinen, energieintensiven Letztverbrauchern, die kurze Vorlaufzeiten brauchen, fast auf null zu reduzieren. Zum Beispiel für Schwimm- und Spaßbäder. Wenn es zur Notlage kommt, ist es einleuchtend, zunächst im Freizeitbereich einzugreifen, bevor wir Industriebetriebe reduzieren oder abschalten, an denen ja viele Arbeitsplätze und auch wichtige Produkte hängen. Wir müssen uns klarwerden, dass die Gasmangellage eine echte Krise ist.

Unsere Abwägungen richten sich dann nach sechs Kriterien, mit denen wir uns den Abschaltungen nähern. Dazu gehören die Dringlichkeit der Maßnahme und die Größe des Unternehmens. Auf die genannte Gruppe mit mehr als 10 Megawattstunden pro Stunde entfällt ein Großteil des gesamten industriellen Gasverbrauchs in Deutschland. Das sind etwa 2500 Betriebe. Ein weiterer Aspekt sind die Vorlaufzeiten, einige Firmen brauchen mehr Zeit, um geordnet herunterzufahren. Dann geht es um die volks- und betriebswirtschaftlichen Schäden. In der Keramikindustrie etwa erstarren die Produktionsanlagen und gehen kaputt, wenn das Gas fehlt. Wir berücksichtigen auch die Kosten und die Dauer für die Wiederinbetriebnahme. Ein wichtiges Kriterium ist schließlich die Bedeutung der Versorgung für die Allgemeinheit. Das spielt zum Beispiel bei Lebensmitteln oder Medikamenten eine Rolle. Es ist leider nicht möglich, diese Kriterien in eine eindeutige Reihenfolge zu bringen. Es gilt bei geringstmöglichem Schaden die in der konkreten Situation schnellstmögliche Lösung zu finden. Einfach wird das nicht.

Natürlich wollen wir Sachschäden, Umwelt- und Gesundheitsgefahren vermeiden. Langfristig würden wir auch danach unterscheiden wollen, ob ein Unternehmen der Grundstoffindustrie angehört, ob der Produktionsausfall durch Importe kompensiert werden kann und in welchem Umfang die Betriebe in Lieferketten eingebunden sind. Noch fehlen uns dazu aber die Daten, so dass das bisher keine Abwägungskriterien sind.

Die Sache ist extrem komplex, wir sind da nahe an einer volkswirtschaftlichen Gesamtsteuerung. Niemand kann sagen, was passiert, wenn man aus dem Kartenhaus eine Karte herauszieht. Ich weiß jetzt schon, dass uns in einer Gasnotlage Fehler unterlaufen würden.

Die Lieferverflechtungen sind so eng, dass der Gasmangel schwerste Konsequenzen für den Industriestandort Deutschland haben könnte. Vor allem dann, wenn es nicht genügend Gas in den Speichern gibt und die LNG-Terminals noch nicht am Netz sind.

Mit kalten Wohnzimmern und kalten Duschen rechne ich aber nicht, weil es wohl keinen weltweiten Gaskollaps geben wird. Das Gas aus anderen Quellen, etwa aus Norwegen oder Holland, reicht wahrscheinlich aus, um die Versorgung der geschützten Verbraucher und eines Teils der Industrieproduktion aufrecht zu erhalten. Das setzt natürlich voraus, dass alle den Ernst der Lage erkennen und auch freiwillig den privaten Verbrauch und die vermeidbare Nutzung von Gas einschränken.

Die laufenden Vorbereitungen auf eine weitere Diversifikation der Bezugsquellen und eine Abkopplung von russischen Energieimporten wirkt sich natürlich auch auf die Regulierung aus.

Ich möchte daher die Herausforderungen näher beleuchten, die sich aus diesen Verwerfungen für die leitungsgebundene Infrastruktur und damit auch für die Regulierung ergeben.

In den Blick nehmen möchte ich dazu heute mit Ihnen insbesondere das Thema Umstellung der Gasnetzinfrastruktur und das Thema Wasserstoff, den Verbraucherschutz, die Umsetzung des EuGH-Urteils sowie, last but not least, eine kurze Bestandsaufnahme zur laufenden Regulierungsperiode.

Der Transformationdruck auf die Energienetze ist vielseitig und intensiv und erscheint zugleich zunehmend volatil. Der Angriffskrieg auf die Ukraine und das Ziel einer Dekarbonisierung und der Wasserstoff-Hochlauf sind die beiden großen Treiber für die Gasnetzinfrastruktur. Beide stehen aber bisweilen diametral zueinander, erzeugen damit auch widersprüchliche Ansprüche an das System. Diese Widersprüche aufzulösen und in einem geordneten Prozess zu harmonisieren ist die große Herausforderung.

Das wirft die Frage auf, ob wir für diese neue Aufgabe auch neue Werkzeuge brauchen: Die viel zitierte und viel diskutierte Systementwicklungsplanung für die Energieinfrastruktur erscheint grundsätzlich geeignet auch die Transformation der Gasnetze ganzheitlich abzubilden.

Gerade in einer Systementwicklungsstrategie lässt sich der langfristige Rahmen für Einsatz der Energieträger Strom, Gas, H₂ und auch Wärme gemeinsam abbilden und fortentwickeln.

Im Rahmen der durch das BMWK geplanten Systementwicklungsstrategie sollen Untersuchungen zu verschiedenen Transformationspfaden zur Klimaneutralität in allen Sektoren angestellt werden.

Aus diesen Untersuchungen kann idealerweise, unter Einbezug politischer und gesellschaftlicher Erwägungen, eine sektorübergreifende Strategie entwickelt werden.

Diese Strategie soll dann unter anderem für die Infrastrukturplanungsprozesse herangezogen werden, um eine konsistente Planung in allen Bereichen (Strom, Gas, Wasserstoff, ggf. Wärme) sicherzustellen. Dazu ist auch eine gesetzgeberische Umsetzung geplant.

Diese ganzheitliche Betrachtung ist gleichwohl komplexer als das bestehende System.

Doch auch die derzeitige Netzentwicklungsplanung erfolgt mit Blick auf die konkret festgelegten gesetzlichen Ziele und die absehbaren Bedarfe im absehbaren Horizont.

Beide Modellierungsansätze müssen sich am Ende des Tages mit denselben Fragen befassen – etwa:

- In welchem Ausmaß werden Fernleitungsnetze für den Transport von H₂ zu den Verbrauchsclustern benötigt?
- Wie hoch wird zukünftig der Bedarf an Erdgastransport bleiben?
- Welche Leitungen werden frühzeitiger nicht mehr gebraucht, wenn sich die europäischen Gasflüsse verändern? Werden umgekehrt trotz Klimaneutralitätsziel neue Leitungen gebraucht?
- Welche Aufgabe werden Gas-Verteilernetze in der Wasserstoffwelt erfüllen? Und wer entscheidet eigentlich über die Umstellung?
- Wie und wann wird eine verbindliche Netzplanung für H₂ nötig?

All diese Punkte wollen wir im derzeitigen Gas-NEP-Prozess abgebildet wissen. Die BNetzA hat den Fernleitungsnetzbetreibern in der NEP-Gas-Modellierung aufgegeben, LNG-Terminals und die weitgehende Ersetzung russischen Gases über verstärkte West-Ost Flüsse, statt den originären Ost-West-Flüssen, zu Grunde zu legen. Erste Zwischenergebnisse werden für die zügige Anbindung neuer LNG-Terminals in Deutschland genutzt.

Um auch aus Netzsicht auf den Hochlauf von Wasserstoff gut vorbereitet zu sein, erstellen die Fernleitungsnetzbetreiber im Rahmen des NEP Gas 2022-2032 zugleich eine Wasserstoffvariante, in der das potentielle Wasserstoffnetz, auch anhand von bereits konkret geäußerten Bedarfen auf Erzeuger- als auch Verbraucherseite, dargestellt wird.

Ein wesentlicher Baustein dabei ist die Identifizierung von Leitungen des Erdgasnetzes, welche perspektivisch umgestellt werden könnten.

Auch wenn es noch keinen verbindlichen Wasserstoffnetzplan gibt, um in der Hochlaufphase flexibel reagieren zu können, können die FNB in Abhängigkeit der Projekte der Marktteilnehmer Wasserstoffleitungen realisieren.

Die Bundesnetzagentur vertritt, basierend auf dem aktuellen Forschungsstand zu technischen und wirtschaftlichen Parametern, die Auffassung, dass der Umstellung auf Strom Vorrang vor der Nutzung von Wasserstoff eingeräumt werden sollte.

Insbesondere im Bereich der Gebäudeheizung und damit im Bereich der Gasverteilernetze gehen aktuelle Studien davon aus, dass Wasserstoff und grüne Gase eine deutlich untergeordnete Rolle spielen werden.

Klar ist:

Auf allen Netzebenen, besonders aber bei den Verteilernetzen, werden sich die Transportanforderungen stark ändern. Nicht alle Leitungen werden noch gebraucht werden.

Auch der Krieg in der Ukraine hat natürlich Auswirkungen auf den Gasbezug und die Transportrouten. Dafür muss es einen geordneten Übergang geben.

Und vor allem:

Wir müssen die zeitliche Überschneidung bei Leitungen identifizieren und regeln, die man auf Grund der neuen geopolitischen Lage jetzt doch länger für den Gasbezug aus dem Norden oder Westen braucht, für die aber zugleich die Nutzung für den Wasserstofftransport angestrebt wird. Hier entstehen Zielkonflikte, die in den bisherigen Planungen noch nicht abgearbeitet sind.

Auch die Frage, welche Instanz letztlich darüber entscheidet, ob Netze auf Wasserstoff umgestellt werden, wird sich verstärkt stellen.

Wir halten für ideal:

Die Dekarbonisierung der Gasverbraucher sollte zu den geringsten Kosten und mit dem geringsten technischen Aufwand erfolgen.

Man sollte hier also so wenig dirigistisch wie möglich eingreifen und die Entscheidung der Zahlungsbereitschaft der Kundschaft überlassen.

Klar ist, dass die Veränderungen unterschiedlich stark sein werden, zum einen zwischen Fernleitungsnetzbetreibern und Verteilernetzbetreibern, aber auch innerhalb einer Gruppe wird es einige stärker treffen als andere.

Obwohl noch nicht feststeht, woher der Wasserstoff kommen wird, deutet sich doch an, dass sich die Transportrouten und damit auch die deutsche Rolle als Transitland verändern wird.

In jedem Fall werden uns diese Fragen noch eine ganze Weile beschäftigen, hier werden wir natürlich im Austausch bleiben.

Vor diesem Hintergrund wage ich mal eine Prognose und stelle folgende Thesen in den Raum:

1. Fernleitungsnetze und Verteilernetze werden unterschiedlich von Veränderungen betroffen sein.
2. Bei den einzelnen Verteilernetzbetreibern wird die Lage heterogen sein. Wir werden sehr unterschiedliche Veränderungen beobachten können.
3. Die Rolle Deutschlands als Transitland wird sich in der Wasserstoffwelt in Abhängigkeit von der Herkunft des Wasserstoffs deutlich ändern.
4. Der Transformationsprozess wird länger dauern als in manch euphorischem Hochglanz-Paper unterstellt.
5. Der Transformationsprozess wird auch Neubau erforderlich machen.
6. All dies sollte unter der Prämisse erfolgen: Staatliche und quasi-staatliche Planung sollte auf ein Minimum beschränkt bleiben; marktliche Einsatzentscheidungen bei den Energieträgern sollten respektiert werden.

Verglichen mit den Verwerfungen im Gassektor wirken die Veränderungen im NEP Strom fast schon wie ein ruhiges Fahrwasser. Dabei sind die Herausforderungen der Energiewende natürlich auch hier immens.

Zunächst einige Eckpunkte zum Prozedere:

- Die Bestätigung des Netzentwicklungsplans 2021-2035 erfolgte am 14. Januar 2022.
- Aktuell laufender NEP-Prozess (2023-2037) blickt erstmals auch auf nach 2045.
- Die Bestätigung der dafür notwendigen Infrastruktur im NEP ist für Ende 2023 geplant.

Die BNetzA befindet sich derzeit in der Ausarbeitung modifizierter Szenarien für die Genehmigung des Szenariorahmens. Die Szenarien sollen den aktuellen EEG-Entwurf berücksichtigen, gleichzeitig aber auch den „Trichter“ an möglichen Entwicklungen aufspannen, um Unsicherheiten in der zukünftigen Entwicklung abzubilden.

Die Genehmigung ist für den Sommer 2022 geplant.

Bei der Umsetzung der Ergebnisse ist für mich eines klar: Die zusätzlichen Stromleitungen, die aufgrund dieser Netzplanungen erforderlich sind, müssen jetzt endlich schnell gebaut werden.

Ich werde da persönlich und mit vollem Einsatz aufs Tempo drücken. Die Entscheidungen werden vor Ort als schmerzhaft empfunden werden. Das werden wir, das werde ich aushalten müssen.

Bei all diesen Herausforderungen dürfen wir aber auch nicht vergessen, für wen wir all dies eigentlich machen. Ich möchte daher jetzt auf ein Thema kommen, das mir nach wie vor sehr am Herzen liegt: Der Schutz der VerbraucherInnen. Die hohen Preise sind hier natürlich das dominierende Thema, aber in diesem Zusammenhang gibt es noch mehr Aspekte bei der Endkundenbelieferung, auf die ich gerne eingehen würde.

Schon seit Oktober 2021 – also noch vor Kriegsausbruch in der Ukraine – sehen wir uns gestiegenen Großhandelspreisen gegenüber. Dies führte zu Schwierigkeiten bei Lieferanten, die eine kurzfristig Beschaffungsstrategie haben. Einige davon stellten die Belieferung ein, so dass negative Wechselwirkungen für die Grundversorger entstanden.

Im Ergebnis konnte die Daseinsvorsorge der Kunden stets durch die Grundversorger sichergestellt werden, allerdings wurden einige Schwachstellen unseres bisherigen Systems sowohl hinsichtlich der wettbewerblichen Lieferanten als auch der Grund- und Ersatzversorgung aufgezeigt.

Erfreulicherweise hat der Gesetzgeber durch das Osterpaket bereits reagiert: So wird die BNetzA künftig Belieferungsbeendigungen durch Lieferanten frühzeitig stärker begleiten. Lieferanten müssen Belieferungsbeendigungen drei Monate im Voraus veröffentlichen und sowohl gegenüber der BNetzA als auch den betroffenen Kunden und Netzbetreibern anzeigen. Unvollständige und nicht rechtzeitige Anzeigen sind bußgeldbewährt.

Die BNetzA begrüßt, dass keine zweite Finanzaufsicht für Lieferanten vorgesehen ist. Gleichwohl wird sicherlich noch zu evaluieren sein, ob diese Maßnahmen letztlich für eine Disziplinierung der wettbewerblichen Lieferanten ausreichen. In dem Kontext möchte ich den Blick auf eine Idee werfen, die es leider nicht in den Kabinettsentwurf geschafft hat: Der Referentenentwurf des BMWK sah die Einführung von pauschalierten Mindestschadensersatzansprüchen für Verbraucherinnen und Verbraucher vor. Die Regelung knüpfte unmittelbar an die plötzlichen Belieferungsbeendigungen im Dezember 2021 an. Die Verbraucherinnen und Verbraucher sahen sich durch die Versorgung durch den Grundversorger erheblichen Mehrkosten der Energiebelieferung sowie Aufklärungs- und Regelungsaufwand gegenüber. Die einschlägigen Unternehmen versuchen derzeit teilweise ihre ehemaligen Kunden mit geringen Schadensersatzzahlungen „abzuspeisen“. Aufgrund der Unsicherheit in der Berechnung für die Mehrkosten durch die Belieferung durch den Grundversorger nehmen einige Verbraucherinnen und Verbraucher das Angebot an, um Rechtsstreitigkeiten zu vermeiden, so dass sich dieses Handeln des Unternehmens am Ende lohnen könnte. Der pauschalierte Mindestschadensersatz hätte den Effekt, dass Haushaltskunden ohne eine umfassende Darlegung der Schadenshöhe vereinfacht ihren Schaden darlegen und durchsetzen könnten. Die Regelung wäre eine einfache und gleichzeitig lösungsorientierte Stärkung der Verbraucherrechte.

Nunmehr zu den Regelungen der Grund- und Ersatzversorgung:

Die plötzliche und große Zahl von Neukunden bei den Grundversorgern führte dazu, dass die üblichen Preiskalkulationen nicht mehr aufgingen. Einige Grundversorger entschieden sich daraufhin, ein Preissplitting zwischen Neu- und Bestandskunden einzuführen. Mal abgesehen von der Frage, ob dies nach der aktuellen Rechtslage zulässig ist – damit befassen sich derzeit die Zivilgerichte – bedarf es einer gesetzlichen Klarstellung. Die rechtlichen und ökonomischen Argumente und Gegenargumente kennen Sie und kenne ich bestens. Und natürlich ist mir sehr wohl bewusst, was in diesem Raum die vorherrschende Meinung sein dürfte.

Die politisch gefundene Lösung finde ich vernünftig. So sieht das Osterpaket vor, dass künftig in der Grundversorgung keine Differenzierung zwischen Neu- und Bestandskunden zulässig ist.

Um gleichwohl etwaigen nicht planbaren Kundenzuwächsen begegnen zu können, wird der Preis in der Ersatzversorgung von dem in der Grundversorgung entkoppelt. So können höhere Beschaffungskosten entsprechend der Kosten für die erforderliche Energiemenge über einen sinnvollen Mix an Börsenprodukten in der Kalkulation berücksichtigt werden. Zudem dürfen die Allgemeinen Preise in der Ersatzversorgung ohne Frist zum 1. und 15. eines Monats angepasst werden. Aus Sicht der BNetzA tragen diese Regelungen dazu bei, dass ein wettbewerblicher, freier Markt möglich ist, der durch die Grund- und Ersatzversorgung allerdings dem Stellenwert der Daseinsvorsorge gerecht wird. Nur in Ausnahmefällen und bei systematischem und andauerndem Fehlverhalten bedarf es einer darüberhinausgehenden Aufsicht durch die BNetzA. Ohnehin gilt trotz der erhöhten Aufmerksamkeit: Wir müssen nicht für alles zuständig sein und wir haben keine Allmachtsphantasien.

Dies hat schon mein Vorgänger Jochen Homann gesagt – im Zusammenhang mit dem EuGH-Urteil zur Unabhängigkeit der Energieregulierungsbehörden.

Das gilt für mich gleichermaßen und insofern ist meine Hauptbotschaft in diesem Zusammenhang gleich in doppelter Hinsicht: Kontinuität.

Wir wollen Rechtssicherheit und Rechtsklarheit für alle Marktakteure. Das bedeutet, dass wir die bisherigen Strukturen und Regelungen der Energieregulierung nicht auf den Kopf stellen wollen.

Nach wie vor befinden wir uns in einer Interimsphase, für die die Berechenbarkeit des Regulierungssystems wichtig war. Meine Wahrnehmung ist: Das ist gelungen.

Perspektivisch ist der Gesetzgeber gefragt. Auch hier kommt es auf Berechenbarkeit an. Die Unternehmen wollen wissen, wie die Zuständigkeiten verteilt sind. Das muss absehbar geklärt werden. Schließlich hängen unternehmerische Entscheidungen hieran, insbesondere Investitionsentscheidungen.

Auch wichtige inhaltliche Themen, nicht zuletzt auch Fragen der Erhöhung der Versorgungssicherheit, dürfen nicht übermäßig lang unbearbeitet bleiben.

Bereits heute arbeitet die BNetzA am Übergang von der normativen hin zur administrativen Regulierung. Dazu gehören: Inhaltliche Vorprüfung der konkreten Vorgaben der Rechtsverordnungen, insbesondere unter Berücksichtigung von: EU-Vorgaben und nationalen gesetzlichen Vorgaben regulatorischen, marktlichen, technischen und ökonomischen Weiterentwicklungen.

Denn Kontinuität darf aber auch nicht Stillstand bedeuten. Auch Regulierung muss sich fortentwickeln und mit den aktuellen Entwicklungen Schritt halten.

Hier in der Zwischenphase und in der Zukunft nach der gesetzgeberischen Ausgestaltung keine Verwerfungen zu verursachen, ist die ureigenste Aufgabe der Regulierungsbehörde.

Regelungslücken müssen vermieden werden und bisherige Festlegungen rechtssicher fortgelten. Wir nehmen unseren Auftrag sehr ernst und werden auch in Zukunft ein rechts- und planungssicheres Regulierungssystem gewährleisten.

Mit erweiterten Regelungsräumen dürfte auch eine Steigerung der Beschwerden nach Zahl und Umfang einhergehen. Und hier in meinem Manuskript hat man mir aufgeschrieben ich solle doch mal auf einer Kanzleiveranstaltung sagen, man solle und müsse nicht alles beklagen. Aber meine Vermutung ist, dass diesem Apell gleich empört der verfassungsrechtlich garantierte Rechtsschutz entgegenhalten wird.

Gleichwohl möchte eine Idee einbringen, der mir aus meiner Zeit als Verbraucherschützer bestens bekannt ist, um eine Flut von Klagen und Beschwerden kanalisieren und handhabbar zu machen: Im Verwaltungsprozessrecht gibt es z.B. Musterverfahren. Ich halte dies für einen sinnvollen Anknüpfungspunkt sein, um schnell und mit Breitenwirkung judikative Rechtsklarheit zu erlangen.

Inhaltlich stellen besonders die Kosten- und Anreizregulierung eine Herausforderung dar, weil die Weichen für die 4. Periode (Gas und Strom) gestellt sind bzw. jetzt gestellt werden. Dabei sind Stabilität und Vorhersehbarkeit im Übergang wichtig.

Insofern bin ich aber optimistisch, dass Deutschland die Komplexität des Themas hinreichend und nachvollziehbar bei der Kommission anbringen kann, um in der Übergangszeit weiter mit den vertrauten Werkzeugen arbeiten zu können. Denn unser ureigenes regulatorisches Kerngeschäft läuft stabil und in den gewohnten Bahnen – auch wenn wir nicht ganz im Zeitplan sind.

Die Festlegungen zu den Datenerhebungen in Vorbereitungen der Kostenprüfung und Bestimmung der Erlösobergrenze für die 4. Regulierungsperiode wurden erlassen.

Netzbetreiber mit weniger als 30.000 angeschlossenen Kunden können an einem vereinfachten Verfahren teilnehmen. Sie nehmen nicht am Effizienzvergleich teil. Die Netzbetreiber erhalten einen pauschal ermittelten Effizienzwert. Derzeit laufen dazu Informationsveranstaltungen mit den Unternehmen zu den Datenerhebungen im Rahmen von Webinaren.

Mit Eingang der genannten Kosten- und Strukturdaten Mitte des Jahres 2022 startet die reguläre Kostenprüfungsphase. Die Abgabefrist der Kostendaten bei der Beschlusskammer 8 endet für Übertragungsnetzbetreiber am 1. Juni 2022, für die Verteilnetzbetreiber im Regelverfahren am 1. Juli 2022 sowie für die Unternehmen im vereinfachten Verfahren am 30. September.

Zum 1. Juni 2021 haben die Fernleitungsnetzbetreiber ihre Kostendaten übermittelt, zum 1. Juni 2021 die Verteilernetzbetreiber im Regelverfahren und zum 30. September 2021 die Verteilernetzbetreiber im vereinfachten Verfahren.

Mit Eintreffen der Kostendaten hat die Hochphase der Kostenprüfung begonnen. Für einen großen Teil der Regelverfahren steht die Kostenprüfung Gas kurz vor dem Abschluss. Einige Restanten werden noch etwas mehr Zeit in Anspruch nehmen. Aufgrund der Versorgungskrise Gas liegen wir hinter dem eigentlichen Zeitplan; dieser sah den Abschluss der Kostenprüfung für die Regelverfahren zum 31. März 2022 vor.

Die Verzögerungen im Zeitplan der Kostenprüfung führen dazu, dass sich auch der an die Kostenprüfung anschließende Prozessschritt „Effizienzvergleich“ verzögert.

Ich wage hier keine Prognose zum weiteren Zeitplan. Denn insbesondere unsere Leute mit Gasexpertise sind derzeit vor allem mit der Krisenbewältigung ausgelastet. Für die Netzbetreiber gilt freilich nichts anderes.

Insofern bin ich aber froh, dass wir hier heute zusammenfinden können. Der Wert eines solchen Austausches trotz – oder gerade: wegen – des Krisenmodus ist nicht zu unterschätzen.

Ich danke daher für Ihre Zeit und Ihre Aufmerksamkeit.